

Kleine Anfrage

des Abg. Udo Stein AfD

Folgen der Iran-Krise für die Düngemittelversorgung und die Landwirtschaft in Baden-Württemberg

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zur Preisentwicklung bei Stickstoff- und Phosphatdüngemitteln in Baden-Württemberg seit Ausbruch der Iran-Krise (mit ihren Handelseinschränkungen und Energiepreiserhöhungen) und über diesbezügliche Auswirkungen auf die Liquiditätslage hiesiger landwirtschaftlicher Betriebe vor (bitte mit Nennung der Datenquellen)?
2. Wie bewertet die Landesregierung die aktuelle Düngemittel-Versorgungssicherheit bzw. -Bevorratungslage der landwirtschaftlichen Betriebe Baden-Württembergs für die Anbausaison 2026 (für die verschiedenen Dünger-Kategorien; bitte ebenfalls mit Anführung der Quellen)?
3. Welche konkreten Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen oder geplant, um landwirtschaftliche Betriebe in Baden-Württemberg bei der Bewältigung der durch die Iran-Krise (über den direkten Zusammenhang mit der Gaspreisentwicklung und mit Handelshemmnissen) verursachten Kostensteigerung bei Düngemitteln zu unterstützen?
4. Welche Zahlen liegen der Landesregierung zu den Produktionsländern (beim Binnenhandel -bundesländern) in Baden-Württemberg verwendeter Mineral-Düngemittel vor, darunter insbesondere für Stickstoff- und Phosphat-Düngemittel (Ausführungen zu den üblichsten Herkunftsländern der in Baden-Württemberg verwendeten Produkte; bitte auch in prozentualen und/oder absoluten Zahlen die zehn für Baden-Württemberg bedeutendsten Länder und Bundesländer der jeweiligen Kategorien unter Angabe der Eigenproduktion anführen, soweit möglich)?
5. Welche Positionen wird sie bei der institutionellen Implementierung und Ausgestaltung der Düngemittelstrategie vertreten, insbesondere bezüglich der Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Energiepreisabhängigkeit der baden-württembergischen Landwirtschaft und welche Auswirkungen auf Letztere sind von der Strategie generell zu erwarten?
6. Über welche Instrumente der Agrarberatung und Krisenfrüherkennung informiert die Landesregierung die landwirtschaftlichen Betriebe in Baden-Württemberg über Risiken im Zuge der aktuellen Düngemittelversorgungslage und wurden diese Instrumente seit Ausbruch der Iran-Krise aktiviert bzw. intensiviert?
7. Welche mittel- bis langfristigen strukturellen Maßnahmen und Förderungen plant die Landesregierung, um die baden-württembergische Düngemittelversorgung autarker

und somit geopolitisch resilienter aufzustellen sowie Risiken durch volatile Düngemittelpreise zu reduzieren – beispielsweise zur Ausweitung der Phosphor-Rückgewinnung für die Phosphatdünger-Produktion (siehe auch RoKKA in Erbach), zur Unterstützung bei der systematischen Nutzung recycelter oder organischer Nährstoffquellen (etwa aus der Viehhaltung) oder für eine Erhöhung der deutschen Stickstoffdünger-Produktion, wie sie in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt bereits im größeren Ausmaß stattfindet?

11.5.2026

Stein AfD

Begründung

Seit Ausbruch der Iran-Krise sind die Preise für Mineraldünger auf den Weltmärkten teilweise um 30 bis 55 Prozent gestiegen. Ursächlich dafür ist der teilweise mit der Blockade der Straße von Hormus zusammenhängende Anstieg der Erdgas- bzw. LNG-Preise, die 80 bis 90 Prozent der Produktionskosten für Stickstoffdünger ausmachen. Hunderttausende Tonnen Düngemittelvorprodukte stecken derzeit in den Golfstaaten fest; zudem wurde in Katar infolge iranischer Angriffe nicht nur die Produktion der weltgrößten LNG-Exportanlage Ras Laffan zeitweise eingestellt – ebenso betraf dies weite Teile der dortigen Produktion von Stickstoffdünger-Vorprodukten wie Harnstoff/Urea. Gleichzeitig ist auch bei Phosphatdünger seit Kriegsbeginn ein EU-weiter Preisanstieg zu konstatieren.

Es stellt sich nun die Frage nach der genauen Situation in Baden-Württemberg, insbesondere hinsichtlich der perspektivischen Resilienz: Für die laufende Anbausaison 2026 sind die meisten hiesigen landwirtschaftlichen Betriebe zwar noch weitgehend geschützt, da ein Großteil des Frühjahrsbedarfs vor Ausbruch der Krise eingelagert werden konnte. Für die Folgesaison entfällt dieser Vorteil jedoch, und steigende Betriebsmittelkosten können die Liquidität der Betriebe gefährden.

Das Land Baden-Württemberg trägt eine zentrale Verantwortung für die Landwirtschaftspolitik, etwa Fördermaßnahmen und die Krisenfrüherkennung. Darüber hinaus kann es im Bundesrat Einfluss auf energie- und agrarpolitische Maßnahmen und die Positionierung zur angekündigten EU-Düngemittelstrategie nehmen, die die EU-Kommission am 19. Mai 2026 vorstellen wird. Auch diesbezüglich wird die Landesregierung daher um eine Stellungnahme ersucht.